

Kritik an neuer Sporthalle

Spitalacker Fehlende Abstände, zu kleine Garderoben, Duschen und Spielfelder:
Die Sporthalle im Berner Breitenrainquartier entspricht nicht den Empfehlungen des Bundes.

Bernhard Ott

Er ist Architekt, Sportanlagenplaner und ehemaliger Leiter des kantonalen Amtes für Sport: Der einstige Nationalliga-Handballer Martin Strupler kennt die Turnhallen im Land. Die neue Sporthalle Spitalacker im Berner Breitenrainquartier kennt er nicht nur als Experte, sondern auch als Nutzer, denn Strupler trainiert dort die Handball-Junioren des TV Länggasse. Sein Verdikt über den Anfang August eröffneten Bau ist wenig schmeichelhaft: «Die Mängel in der Sporthalle Spitalacker sind gravierend.» Die Halle entspreche in verschiedenen Punkten nicht den Empfehlungen des Bundesamtes für Sport (Baspo). Diese hätten zwar keinen verbindlichen Charakter. «In einem Rechtsfall hingegen schon. Die Stadt könnte bei Unfällen haftbar gemacht werden», sagt Strupler.

Kein Platz für Stürze

Der Experte hat eine Mängelliste mit rund einem Dutzend Punkten erstellt. Sie betreffen die Spielfelder, die Garderoben, die Duschen und die Lüftung. Die Spielfelder sind in Länge und Breite zwei Meter zu kurz für Meisterschaftsspiele in Handball und Unihockey. Zudem ist der Sicherheitsabstand zwischen der Spielfeldmarkierung und der Fensterfront mit fünfzig Zentimetern viel zu klein.

Dies bestätigt auch Reto Zimmermann, Präsident der Stadtbernischen Vereinigung für Sport (SVS). «Ein Sturzraum von einem halben Meter Breite ist kein Sturzraum.» Zur Halle insgesamt möchte sich Zimmermann aber noch nicht äussern, weil er sie selber noch nicht besichtigt hat.

Eng ist es im Spitalacker aber nicht nur im Sturzraum, sondern auch in den Geräteräumen, den Garderoben und den Duschen. Die Geräteräume sind entsprechend vollgestopft mit Material. Die beiden stirnseitig angelegten Räume umfassen je vierzig Quadratmeter. Für eine Dreifachturnhalle braucht es aber insgesamt 270 Quadratmeter Stauraum. Pech hat, wer die mittlere Turnhalle belegt. Denn er muss



Der Sicherheitsabstand zwischen Markierung und Fensterfront ist für Handball und Unihockey zu klein. Foto: Franziska Rothenbühler

«Ein Sturzraum von einem halben Meter Breite ist kein Sturzraum.»

Reto Zimmermann
Präsident der Stadtbernischen Vereinigung für Sport

wohl auf Bänkli, Böckli und Barren verzichten, weil es keinen direkten Zugang zu den Geräteräumen gibt. Frischluft wiederum ist in allen drei Hallen nicht vorgesehen, weil die Fenster sich nicht öffnen lassen.

Der Gang zu den Garderoben ins Untergeschoss ist nichts für Menschen mit Platzangst. In den rund zwölf Quadratmeter grossen, quadratischen Garderoberräumen müssen sich während der kurzen Pausen ganze oder halbe Schulklassen umziehen. Der nebenan liegende Duschraum gleicher Grundfläche mit fünf Duschen lässt keinen Raum zum Abtrocknen. Letzteres muss in der Garderobe geschehen, die über keine Abläufe verfügt. «Entsprechend gross ist der Reinigungsaufwand», sagt Strupler.

Nutzer haben das Nachsehen

Der Sportanlagen-Experte sieht in der mehrfachen Unterschrei-

zung der Baspo-Vorgaben ein strukturelles Problem. «In grossen Städten mit Hochbauämtern sind Nutzerbedürfnisse oft sekundär.» Hier gehe es meist darum, sich mit prominent bestückten Wettbewerbsjournys zu profilieren, die vor allem ästhetische Kriterien gewichten. «Je grösser die Städte, desto grösser wird die Distanz zu den Nutzern», sagt Strupler.

Die Stadt Bern ist damit keine Ausnahme. Auch in Zürich stehen bei Architekturwettbewerben für Sporthallen oft «städtbauliche und ästhetische Kriterien» im Vordergrund, sagt Hansjürg Lüthi, Bereichsleiter Hallensport im Stadtzürcher Sportamt. Dies liege im «Wettbewerbsprozedere» begründet, bei dem nicht die Bauherrschaft, sondern eben eine Jury die Architekten auswähle. So gebe es auch in Zürich Hallen mit zu kleinen Garderoben oder Geräteräumen.

Das Öffnen der Fenster ist ebenfalls nicht überall möglich.

Wenn aber Sicherheitsabstände missachtet würden, könnten die Hallen nicht mehr für Meisterschaftsspiele genutzt werden. Das liege aber finanziell nicht

Teil von 47-Millionen-Projekt

Die Totalsanierung der Sporthalle Spitalacker ist Teil der Sanierung und Erweiterung der Volksschule Spitalacker. Fürs Gesamtpaket hat das Volk im März 2018 einen Kredit von 47,6 Millionen Franken genehmigt.

Der Architekturwettbewerb fand 2014 noch unter der Ägide von Stadtbauten Bern, der Vorläuferorganisation von Hochbau Stadt Bern statt. Da die Schülerzahlen höher ausfielen als vorgesehen, musste das Projekt zwischenzeitlich sistiert und überarbeitet werden. (bob)

drin. «Heute baut niemand mehr Sporthallen nur für Schulen», sagt Lüthi.

«In Kauf genommen»

Die Verantwortung für die Mängel ist nicht einfach zuzuordnen: Als «Besteller» fungieren Schul- und Sportamt in der Direktion von Franziska Teuscher (GB). Verantwortlich für die Ausführung und den Wettbewerb ist Hochbau Stadt Bern (HSB) in der Direktion von Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL).

Stadtbaumeister Thomas Pfluger gibt den Ball aber an die Nutzer zurück. Die Fläche für die Turnhalle sei vorgegeben gewesen, da es sich nicht um einen Neubau, sondern um eine Totalsanierung handle, sagt er. Auf Wunsch des Schulamtes sei aus der ursprünglich geplanten Zweifach- eine Dreifachturnhalle geworden. «Die dazu gehörenden Einschränkungen bezüglich Hallengrösse, Geräteräume und Garderoben wurden dabei bewusst in Kauf genommen», hält Pfluger fest. Bei den Garderoben hätten sich Sport- und Schulamte «für eine grössere Anzahl entschieden, die kleiner als die Normgrösse sind», sagt Pfluger. Die Grösse der Spielfelder wiederum sei laut Handballverband «immer noch wettkampftauglich».

Einzig bei der Markierung räumt Pfluger Fehler ein. Diese sei «fälschlicherweise» zu nahe an der Fensterfront angebracht worden. «Dem werden wir umgehend nachgehen.» Abschliessend hält der Stadtbaumeister fest, dass es sich primär um eine Schulsportanlage handle. «Die Minimalanforderungen für den Schulsport sind erreicht.» Die Berücksichtigung der Baspo-Vorgaben hätte «unverhältnismässige Kosten» zur Folge gehabt.

Für Sportamt-Leiter Christian Bigler handelt es sich bei den Planungsgrundlagen des Baspo «nicht um Vorgaben, sondern um Empfehlungen, die einen gewissen Spielraum zulassen». Sein Amt vertrete die Interessen der Sportvereine «nach bestem Wissen und Gewissen» und habe auf deren Wunsch hin Änderungen vorgenommen. Bigler gelobt, die betroffenen Vereine «künftig noch besser zu informieren».

Kantonsparlament untersucht Fischsterben im Blausee

Kandertal Nach der Staatsanwaltschaft beschäftigt sich der Grosse Rat mit der Affäre.

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rates will das Fischsterben im Blausee nun selbst untersuchen. Die Medienberichte hätten ihr Interesse geweckt, sagt der GPK-Vizepräsident Fritz Ruchti (SVP). «Nach der falschen Abrechnung von Subventionen ist schon wieder die BLS involviert.» Wie die Staatsanwaltschaft, die unterdessen in der Sache ermittelt, wolle die GPK herausfinden, ob ein Zusammenhang zwischen dem Fischsterben im Blausee und der illegalen Deponie von Giftmüll in der Kiesgrube Mitholz bestehe.

In der Kiesgrube oberhalb des Sees im Kandertal hatte die Berner Baufirma Marti alten Gleis-

schotter aus dem BLS-Scheiteltunnel im Lötschberg deponiert, der seit 2018 saniert wird. Das war illegal. Denn das Material ist mit Giftstoffen belastet und muss als Sondermüll entsorgt werden. Die Firma Vigier, die die Kiesgrube betreibt, musste daraufhin 1000 Tonnen verschmutzten Materials wieder ausbaggern und korrekt entsorgen. Dies hatten Journalisten von Tamedia, der «Berner Zeitung» und der «Rundschau» letzte Woche publik gemacht.

Fehler in der Verwaltung

Zudem gelte es, die Vorgänge in der Verwaltung zu untersuchen und herauszufinden, ob hier jemand Fehler gemacht habe, sagt

Ruchti weiter. In der zuständigen Direktion von Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) werden Fehler beim Bewilligungsverfahren eingeräumt. Die Beamten hätten übersehen, dass die Kiesgrube darin erwähnt worden sei.

Schwarzen Peter zuschieben

Die Direktion schiebt die Verantwortung jedoch dem Bund zu. Dieser habe das Entsorgungskonzept für den Gleisaushub aus dem Lötschbergtunnel letztlich an dieser Stelle bewilligt. Denn der Kanton Bern ist zwar Mehrheitsaktionär der BLS. Doch das Streckennetz, auf dem ihre Züge fahren, gehört dem Bund.

Ruchti erklärt, was nun passiert: Die GPK habe dieselben

Befugnisse wie eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK). Sie könne als Oberaufsicht über den Regierungsrat und die Verwaltung Beamte wie auch Mitarbeiter der Firma Marti befragen, «so wie wir es auch bei der Kiesbranche gemacht haben».

Daraus folge ein Bericht an den Grossrat als Grundlage für das weitere Vorgehen. Die GPK werde sich bei ihrer Untersuchung mit der Staatsanwaltschaft absprechen. Sie wolle Doppelspurigkeiten vermeiden, sagt Ruchti. «Aber wir wollen der Wahrheit auf den Grund gehen.»

Naomi Jones

Nachrichten

Corona-Zahlen steigen

Virus Die Zahl der Corona-Patienten in Berner Spitälern ist angestiegen. Gestern waren 17 Menschen mit Covid-19 hospitalisiert, sieben mehr als am Freitag. Auf der Intensivstation liegen fünf Menschen, zwei sind auf künstliche Beatmung angewiesen. Gestern wurden 28 weitere Fälle von Corona-Erkrankungen bekannt, knapp ein Drittel davon in der Stadt Bern. Am Sonntag waren es 50 neue Fälle gewesen, am Samstag 60. (sda)

Beachcenter zieht um

Stadt Bern Das Beachcenter Bern soll vom Weissenbühlquartier ins Weyermannshaus zügeln. Das hat der Gemeinderat gestern beschlossen. Nach dem Grundsatzentscheid sollen nun die Pla-

nungsarbeiten an die Hand genommen werden. Sollte die Variante Weyermannshaus nicht realisiert werden, dient das Gaswerkareal als Alternative. (sda)

Parteien bündeln Kräfte

Stadt Bern Für die Berner Stadtratswahlen 2020 sind vier Listenverbindungen eingereicht worden. Die Grünliberalen spannen mit ihrer Jungpartei jglp sowie mit der BDP, der CVP und der EVP zusammen. Ebenfalls haben die SVP, EDU, FDP und Jungfreisinnige eine Listenverbindung vereinbart. Links gibt es eine Listenverbindung von Grün-alternativer Partei (GaP), Partei der Arbeit (PdA), Alternativen Linken (AL) sowie einer Partei mit dem Namen «Die liebe, sehr, sehr liebe Partei». Diese ist bislang nicht im Stadtrat vertreten. (sda)